

Jürgen P. Rinderspacher

Wer eigentlich macht unsere Zukunft?
Über Visionäre, Innovateure, Aktionäre und andere,
die es gut mit uns meinen

Einführungsvortrag

Jahrestagung 2022 der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik

„Wer eigentlich macht unsere Zukunft? Zukunftspolitik zwischen Utopie,
Dystopie und Fahren auf Sicht“

11.-12 November 2022 in Darmstadt

I.

Ein paar Wochen vor Beginn dieser Tagung erhielt ich eine Mail von einem Kollegen hier von der Evangelischen Hochschule Darmstadt: Warum eigentlich Kirche und Theologie auf dem Programm einer Veranstaltung mit Beteiligung einer evangelischen Hochschule überhaupt nicht vorkommen würden. Tatsächlich, da hat der Kollege irgendwie recht. Ich habe ihm geschrieben, dass ich seinen Einwand einerseits gut nachvollziehen könne, andererseits man aber auch den Umstand zur Kenntnis nehmen müsse, dass Kirche bei der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten stark an Einfluss eingebüßt habe, insbesondere wenn es um so ein breites, allgemeines Thema wie die Gestaltung der Zukunft der Gesellschaft ginge.

Man muss sich hierzu vergegenwärtigen, dass die Kirchen zu Luthers Zeiten die Fragestellung dieser Tagung gar nicht verstanden und erst recht nicht beantwortet hätten, weder die katholische Kirche noch die im Aufbau befindlichen protestantischen Kirchen. Die Zukunft war nichts Machbares, sondern lag in Gottes Händen – wobei der Begriff Zukunft in der Gestalt und in der Semantik, wie wir heute darüber sprechen, nämlich als linear voranschreitendes und zudem für alle Menschen des Kulturkreises verpflichtendes Kontinuum, noch überhaupt nicht existierte. Die Zeit wurde in dieser Epoche zyklisch, also kreisförmig, und noch nicht linear gedacht. Und das, was die Menschen jenseits von heute und morgen aber vielleicht schon übermorgen zu erwarten hatten und das sie fürchteten, war das Jüngste Gericht. Ihre Sorge für das Morgen und Übermorgen bestand somit neben praktischen Erfordernissen zur Sicherung des Lebensunterhalts vor allem darin, das eigene Sündenregister in Ordnung zu bringen – der Prediger Tetzl und seine Ablassbriefe dürften vielen noch aus dem Religionsunterricht ein Begriff sein.

Tatsächlich ergibt sich aus einer langen hegemonialen Tradition der Kirchen, die sich mehr als tausend Jahre als die Hüterinnen der Zeit schlechthin verstanden, die Frage, wie es eigentlich zu einem derartigen Kompetenzverlust der Kirchen in Fragen der Zeitlichkeit der Welt kommen konnte? Und wer eigentlich hat die großen Kirchen in dieser Rolle seit dem Prozess der Modernisierung und Industrialisierung Europas abgelöst – und womit? Überhaupt: Was befähigt eine Organisa-

tion oder Institution, ihre je eigene Vorstellung von Zeit und Zukunft in der Gesellschaft durchzusetzen? Dies sowohl in inhaltlicher Hinsicht, also: wie soll die Welt oder das Land oder unser unmittelbarer Lebensraum in Zukunft konkret aussehen? Aber auch theoretisch-formal: Was ist das eigentlich, diese Zukunft, auf die wir uns alle als Individuen ebenso wie als große Organisationen in unserem Handeln und Entscheiden tagtäglich immer wieder beziehen?

Hierzu lässt sich viel, sehr viel sagen – aber das hatten wir schon, so gut es eben in zwei Tagen geht, auf unserer Jahrestagung zum Zehnjährigen in 2012 behandelt, damals in der Evangelischen Akademie auf Schwanenwerder in Berlin. Heute und morgen soll es nun vor allem um den Aspekt der Akteure, der handelnden Subjekte oder der Macher von Zukunft gehen. Wer sind, woher kommen sie, und wer verleiht ihnen die Macht dazu, nicht nur ihre eigene, sondern zugleich über unser aller Zukunft zu bestimmen? Das sind eben ganz konkrete Akteure mit E-Mail-Adresse, Home-Page und Telefon-Nummer, mit Erfindergeist, mit politischen Interessen und meistens auch mit einem ansehnlichen Einkommen.

Wenn sich nun also mit dem Aufkommen und Wirksamwerden eines modernen Fortschrittsbegriffs ein Verständnis von Zukunft durchgesetzt hat, das sich den Gang der Welt statt kreisförmig nun auf einem stetig voranschreitendem Kontinuum vorstellt, dann erhalten die handelnden Subjekte in diesem Prozess eine ganz andere Wucht für den Gang der Welt. Wenn Zukunft nun emphatisch gemacht wird, dann richtet sich der Blick sowohl auf das, was die Macherinnen tun und wie sie es tun, als auch darauf, warum sie es tun, was eigentlich ihre Ziele und Antriebe sind, die Zukunft zu erobern und „voranzukommen“. Welche Mechanismen sind hier wirksam? Was bedeutet das jeweils auf den Feldern der Technik, der Wirtschaft, der Politik? Aber auch auf dem Feld der Philosophie und vielleicht auch in der Theologie, also in denjenigen gesellschaftlichen Teilsystemen, die den geistigen respektive geistlichen Rahmen, oder besser: die verschiedenen Rahmen bereitstellen, die die Menschen als Individuen oder als wirtschaftliche, politische oder religiöse Organisationen zur Eroberung „der Zukunft“ antreiben.

Um noch einmal kurz auf die Kirchen zurück zu kommen: Die Macher und Erfinder hocken nicht mehr, wie etwa noch im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, in den Klöstern. An ihre Stelle traten eben jene Institutionen und Organisationen,

die je andere originäre Beiträge zur Befreiung des Menschen aus seiner wirtschaftlichen, technischen, biologischen, ökologischen, politischen und – ja auch seiner geistigen respektive geistlichen Unmündigkeit leisteten. Die Kirchen sind über die Jahrhunderte zumindest in Westeuropa mehr und mehr zu Kommentatorinnen des Weges der Gesellschaft in die Zukunft geworden und haben die Wegweisungen in die Zukunft nolens volens anderen überlassen müssen: Wer also schafft es, Hunger, Krankheit, Unwissenheit und nicht zuletzt auch den Krieg möglichst effizient zu reduzieren oder gar für immer zu besiegen? Tatsächlich scheint es so, dass die Erfindung der Zukunft als geschichtsmächtiges soziales Konstrukt immer mit Aufbruch, mit der Hoffnung auf bessere Zeiten, das heißt mit einer meliorativen Perspektive verbunden war. Und der Wettlauf um die Zukunft war und ist immer der um die beste meliorative Perspektive.

II.

Und heute? Heute fragen wir, was denn diese meliorative Perspektive sein könnte, um die Wirtschaftsorganisationen, politische und andere Institutionen sowie Individuen auf einem Markt der Möglichkeiten konkurrieren. Wir erleben die Zukunft zum einen als Ankündigungsgeschehen, ausgehend von unterschiedlich großen Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen, die es gut mit uns meinen. Elon Musk und Mark Zuckerberg, Bill Gates, Apple, Google und Amazon arbeiten mit Nachdruck an der Verbesserung der Welt, nach ihrem Bilde versteht sich. Was also soll das sein, die bessere Welt von morgen? Wir als die breite Masse stehen weithin je nachdem mit großen Kinderaugen oder mit finsterner Mine neben der Entwicklung der Dinge und fühlen uns entweder als Nutznießer der Entwicklung oder als deren Opfer oder beides. Peter Sloterdijk hat diese Situation wie ich finde in der ihm eigenen humorigen Treffsicherheit auf den Begriff gebracht, wenn er von einer „Belästigung durch Innovateure“ spricht.

Wir als Konsumenten oder Prosumenten, als Bürger*innen und Bürger, als Lernende und Lehrende, als Arbeitnehmer*innen und in manchen Fällen auch als Arbeitgeber*innen sind jedenfalls kaum am Gang der Dinge beteiligt, besonders wenn es um Innovationen geht. Wir sind aber auch nicht einfach nur Opfer. Denn ohne die Kundschaft, die sich die Produkte der notorischen Innovateure am Ende

an die Haustür bringen lässt, wäre ihnen der Nährboden entzogen, auf dem sie wachsen und gedeihen können.

Freilich sind auch die institutionalisierten Innovateure gelenkt – aber nicht gesteuert – von den Zukunftsbildern, die von irgendjemandem ja produziert worden sein müssen. Das scheinen seit ein, zwei Jahrzehnten sehr auffällig gar nicht mehr wie einst die abstrakten Marketing-Abteilungen großer Konzerne zu sein, sondern immer öfter sind es charismatische Persönlichkeiten, von denen ich eben ein paar genannt habe. Wobei sich interessanterweise auch der Begriff des Charismatischen mit den neuen medialen Technik-Kulturen, die unsere Zukunft prägen, gewandelt zu haben scheint: so müsste man in alten Kategorien Mark Zuckerberg wahrscheinlich eher als Anti-Held charakterisieren und auch Elon Musk steht bestenfalls für den Habitus einer neuartigen charismatischen Figur.

In der Konsequenz scheint die Zukunft dann immer öfter nicht von Dingen bestimmt, die wir als nützlich und vernünftig ansehen würden, sondern von eher zweifelhaften Zielsetzungen bestimmter politischer und wirtschaftlicher Eliten. So stellt der ungeheure Aufwand, der betrieben wird, damit sehr wohlhabende Menschen sich einen Aus-Flug ins All leisten können, vor dem Hintergrund eines großen Teils der Menschheit, der ums Überleben kämpft, ein ethisches Unding dar. Auch die Neuauflage von Überschallverkehrsflugzeugen dient nicht der Lösung irgendeines drängenden Problems dieser Welt.

III.

Wer also macht eigentlich unsere Zukunft? Bei genauem Hinsehen ist schon diese Frage nicht ganz unproblematisch, denn sie setzt voraus oder insinuiert zumindest, dass es überhaupt solche individuellen oder kollektiven Subjekte gibt, die die Zukunft mehr oder weniger bewusst steuern können. Vielleicht ist das aber auch ein großer Irrtum – vielleicht wird ja Zukunft doch nicht emphatisch gemacht, wie wir immer behaupten. Erleben wir derzeit nicht genau das Gegenteil – ob es nun um Corona ging und geht, um den Klimawandel oder um den Krieg in der Ukraine, der in seiner Expansionslogik wie alle Kriege auch den Mächtigen mehr und mehr aus den Händen zu gleiten scheint? Diffuse Angst vor der großen

Katastrophe macht sich breit. Sind wir damit vielleicht wieder nahe bei der ohnmächtigen Weltsicht des Mittelalters angekommen? Tatsächlich erinnert ja das, was wir gegenwärtig sehen und erleben, zunehmend an die Dynamik, die Christopher Clark in Bezug auf den Vorabend des Ersten Weltkrieges in seinem Buch „Die Schlafwandler“ beschrieben hat.

Ganz im Gegensatz dazu kennen wir auch Phasen in der Geschichte, in denen viele glaubten, mit mehr und präziserer Planung die Zukunft gewinnen zu können, die sie sich erhofften. So waren Politiker*innen und die Politikwissenschaft im Anschluss an sozialistische Theorien Anfang der 1970er Jahre fest davon überzeugt, durch staatliche Steuerung in fast alle zentralen Teilsystemen der Gesellschaft ihr Bild von einer menschenwürdigen Zukunft für alle umsetzen zu können. In Deutschland war von Planungseuphorie die Rede, unsere französischen Nachbarn übten sich derweil ähnlich in „Planification“. Sie verfolgten mehr oder weniger klar definierte Global-Ziele des gesellschaftlichen Wandels. Schlagworte waren etwa „mehr Demokratie wagen“; „Bildungsoffensive“ mehr Lebensqualität“ „qualitatives Wachstum“ oder, friedenspolitisch, „neue Ostpolitik“. Doch bald stellte sich Ernüchterung ein, und eine genau entgegengesetzte Theorie begann sich als vermeintlich einzig rationale durchzusetzen. Sie fußte auf der Behauptung liberaler Politiker und Ökonomen, dass nur eine konsequente Durchmarktung der Gesellschaft und damit gerade die Aufgabe vorab politisch inhaltlich gesetzter Ziele gesellschaftlicher Langzeitentwicklungen den rechten Weg in die Zukunft weisen könne.

Der jahrzehntelange Verzicht auf fast jede Langzeitperspektive in der deutschen Politik war in der darauffolgenden Epoche immer öfter von einer Politik begleitet, die von sich selbst behauptet hat, dass sie hauptsächlich „auf Sicht“ fahre. Statt Prävention nun Kuratation, das heißt nachträgliches Korrigieren von Schäden, die man allerdings vorher hätte absehen können, zum Beispiel in der Gesundheits-, Bildungs- oder Sozialpolitik. Das Fehlen einer auf weite Perspektiven angelegten Politik hat sich auch in der Umweltpolitik als Vermeidungsformel für einen langfristigen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft verheerend ausgewirkt, wie wir nicht erst heute erkennen, seit sich, um Aufmerksamkeit zu erregen, die Mitglieder der „Letzten Generation“ Gemälde alter Meister mit Kartoffelbrei attackieren müssen. Und darauf, dass wir nicht weiter die Zukunft als Müllhalde für

all diejenigen Probleme missbrauchen dürfen, die wir in der Gegenwart nicht gelöst bekommen – zum Beispiel die Endlagerung des Atommülls

Obwohl die Notwendigkeit langfristiger Planung im Sinne eines gesellschaftlichen oder gar globalen Transformationsprozesses nie evidentere war als heute, besteht doch ein qualitativer Unterschied zwischen der damaligen Bereitschaft der herrschenden Politik – zumindest theoretisch – langfristig koordiniert und synchronisiert vorzugehen. Denn während es seinerzeit darum ging, in aufstrebender Perspektive die Verhältnisse der Menschen zu verbessern und die Entwicklung von Technik und Wissenschaft aber auch in allen anderen Bereichen mit berechtigtem Optimismus angegangen werden konnte – mehr Demokratie wagen, Bildung verbessern und so weiter – , während also meliorative Ziele die Treiber der Veränderung in eine andere, eben bessere Zukunft waren, geht es heute beim sozial-ökologischen Umbau unserer Lebenswelt vor allem um die Abwehr von immer mehr und mehr Gefahren, die uns drohen. Genauer gesagt: vor allem den kommenden Generationen drohen. Natürlich gibt es auch win-win-Situationen, etwa unter der Überschrift „Befreiung vom Überfluss“, wie Nico Paech mit seinem Buchtitel auf den Begriff gebracht hat – in der Praxis umgesetzt durch neue Ernährungsformen, neue Wohnformen, neue Fortbewegungsmittel und überhaupt neue Lebensformen. Indem uns aber die genuin meliorativen Ziele weithin abhandengekommen sind, kämpfen wir heute im Wesentlichen einen Abwehrkampf, oder, wie der sehr geschätzte Kollege Andreas Reckwitz es kürzlich in einem Interview formuliert hat, bleibt uns auf wesentlichen Feldern nur noch eine „Politik des Negativen“. Immerhin ist auf wichtigen Politikfeldern wie der Gendergerechtigkeit und der Identitätspolitik, wenn auch mit Rückschlägen vieles erreicht worden, das weit mehr ist als die bloß die Bekämpfung einer fortlaufenden Abwärtsspirale.

IV.

Wie gesagt bedeutet eine freie Gesellschaft immer auch, dass sich verschiedene Zukunftsbilder und unterschiedliche Typen von zeitlicher Fernorientierung und daraus resultierend unterschiedliche Zukunftspolitiken auf dem Markt der (Un-)Möglichkeiten miteinander vergleichen lassen müssen. Darin eingeschlossen ist

die Frage, wie explizit und wie mächtig die Zukunftsbilder eines bestimmten gesellschaftlichen Akteurs eigentlich sein dürfen, da sie ja oftmals im Widerspruch zur Theorie und zur praktischen Verwirklichung anderer, auf dem Markt der Zukunftsmöglichkeiten miteinander konkurrierender Zukunftsbilder stehen. Problematisch sind ja zumindest in einer freiheitlichen Gesellschaft Zukunftsbilder, die eine wie auch immer begründete politische oder wirtschaftliche aber auch kulturelle Hegemonie beanspruchen und damit konkurrierende Zukunftsbilder strukturell nicht zum Zuge kommen lassen wollen. Etwa auch, indem sie einen messianischen Anspruch in den Diskurs einbringen.

Spätestens die Natur, sprich der Klimawandel und die Ressourcenlage der Welt erzwingen dann doch, dass nicht jeder, wie einst im Wilden Westen, auf seiner eigenen Ranch, in der die Felder bis zum Horizont reichten, sein eigenes Ding, sprich: seine eigene Zukunft machen kann. Die räumliche, zeitliche und soziale Nähe der Weltgesellschaft zwingen zu Kompromissen der Zukunftsbilder. Zum Beispiel der Kompromiss der Pariser Klimakonferenz, das 1,5 Grad Ziel. Manchen Ländern war das von vorn herein zu ambitioniert, manchen viel zu anspruchslos. Damit richtet sich der Blick auf die kommunikativen Prozesse, die es ermöglichen, solche Zukünfte sowohl innerhalb als auch zwischen Gesellschaften im Konsens weltweit herzustellen.

Allein der Blick auf unsere deutsche Gesellschaft zeigt, wie schwierig dieser Prozess zu organisieren ist. Das wirft Fragen bezüglich der Struktur und dem Funktionieren der Öffentlichkeit auf und danach, wie fair der Austausch von Ideen im öffentlichen Diskurs sein kann, der hier zu erwarten ist. Dazu gehört auch der Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und den letztlich von den antizipierten Zukünften betroffenen Bürger*innen. Nicht erst Jürgen Habermas hat in seinem kürzlich erschienenen Buch auf den erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit und seine Folgen hingewiesen. Wobei immer offen ist, ob wir mit Öffentlichkeit unsere deutsche Gesellschaft oder Weltinnenpolitik im Sinne Ulrich Becks meinen.

Wenn übrigens eingangs von der Rolle der Kirchen die Rede war: Aus meiner Beobachtung und eigener langjähriger beruflichen Erfahrung kann ich sagen, dass auf diesem Feld der kontinuierlichen Organisation von Diskursen zwischen zukunftsrelevanten gesellschaftlichen Gruppen die Kirchen etwa in Gestalt ihrer

Publikations- und Akademiearbeit oder Kirchentagen wichtige Impulse in Richtung einer bestimmten Zukunftsvision gesetzt haben und weiter setzen, Stichworte sind unter anderem Bewahrung der Schöpfung oder Friedenspolitik.

V.

Wenn also die Zukunft einer Gesellschaft das Ergebnis diskursiver Prozesse ist: Welche Interpretamente, welche Paradigmen stehen einer bestimmten Gesellschaft in einer bestimmten Epoche zur Verfügung? Welche Fragen dürfen jeweils überhaupt gestellt, welche Probleme aufgeworfen werden und können Gehör finden, die dann anschließend von Politik und Gesellschaft in der Zukunft in den jeweils angesagten Medien beantwortet werden sollen? Michel Foucault hat hierfür den Begriff des Dispositivs in die Debatte eingeführt. Heute scheint es wie selbstverständlich, dass das große Thema der Zukunft die Umwelt und hierin der Klimawandel ist. Gleichzeitig ist die soziale Frage nicht verschwunden, sondern spitzt sich gerade durch die notwendigen Transformationsprozesse für eine nachhaltige Umwelt, aber auch durch Corona und den Krieg in der Ukraine weiter zu. Aber auch durch endogene Probleme wie zum Beispiel den demografischen Wandel und die Fragen der Alterssicherung. Auf allen diesen Feldern wird derzeit ausgehandelt, wie die Kosten zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft und zwischen Gegenwart und Zukunft verteilt werden sollen. Hinzu kommt das Thema Frieden und Weltfriedensordnung, das zumindest für uns in Europa ja lange keine große Bedeutung mehr zu haben schien.

Auf der Meta-Ebene stellt sich also die Frage, welches überhaupt die Interpretamente sein können und sollen, mit denen man den Weg in die Zukunft beschreiben könne. Zum Beispiel das Interpretament der Generationengerechtigkeit. Einmal mehr geht es dabei um das Problem der gerechten Verteilung vorhandener Ressourcen – hier nicht in der sozialen Dimension zwischen Klassen und Schichten und auch nicht in der räumlichen Dimension, etwa zwischen Nord und Süd, sondern hier in der zeitlichen Dimension. Und das meint: wie soll die Verteilung der Ressourcen, der anstehenden Probleme vor allem aber auch der Lebenschancen zwischen den Heutigen und den Zukünftigen aussehen? Wenn das Konstrukt nur

besagen würde, dass die ältere Generation für die jüngere eine besondere Verantwortung trägt – würde es, zumindest so abstrakt formuliert, nur eine Trivialität beinhalten. Spannend wird es, wenn eine solche Feststellung zugleich mit bestimmten politischen Ansprüchen aufgeladen wird, wie sie etwa in dem viel diskutierten Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Klimaschutzgesetz des Bundes zum Ausdruck kommen.

Die Zukunft beinhaltet neben dem Alten, das nicht vergeht, wie gesagt immer auch das Neue. Tatsächlich muss es Bilder und Metaphern für das Neue geben – wie es entsteht, und genauer noch: wie es *in der Zeit* entsteht, wie es plötzlich emporkommt oder aber ganz verschwiegen und allmählich wächst bis es vielleicht dereinst zu einem machtvollen Umbruch der Verhältnisse kommt. Eine der zentralen Metaphern für Veränderung in Richtung Zukunft ist die der „Gärung“: Bei Karl Marx und Emile Durkheim spielt sie ebenso eine Rolle wie bei Ernst Bloch, bei Michel Serres oder bei Bruno Latour. In welchen Bildern also denken die großen Theoretiker, wenn sie über das Neue sprechen – und wie stellen sie sich den Vorgang der Gärung als soziales Phänomen in der Gesellschaft vor? Und: Gärt das, was dort entsteht, salopp formuliert, immer in die richtige Richtung, so, wie wir es uns wünschen?

Eine der schwierigsten Aufgaben der Politik ist die Umsetzung von Präventionspolitik, mit der Problemlagen auf verschiedenen Feldern der Politik verhindert werden können, die sonst im Nachgang unter Aufwendung hoher Mittel wieder politisch korrigiert werden müssten. Die Neigung des Menschen, die Gegenwart höher zu bewerten als ein Ereignis in der Zukunft, also sein Hang zur Myopie, (bekannt auch als „Marsh-Mellow-Effekt“) führt unter anderem dazu, dass, selbst wenn die Gefahr bereits absehbar ist, der Aufwand notwendiger Mittel gescheut wird, in der Hoffnung, irgendwelche Warnungen, auch wenn sie von der Wissenschaft kommen, wären bloßer Alarmismus. Wir finden dieses Phänomen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Klimawandels ebenso wie pandemischer Ereignisse wie aber auch in der Sozial- und Gesundheits- und Bildungspolitik.

Ein wesentlicher Faktor zukünftiger Entwicklung ist die systematische Erzeugung anwendbarer wissenschaftlicher Ergebnisse. Staat und Wirtschaft haben 2019 zusammen 110 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben, also

über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit ist die Institution Wissenschaft in ganz entscheidender Weise in die Gestaltung unserer Zukunft involviert. Und die staatliche und die private Forschungsförderung ebenso. Was einst unreflektiert „wissenschaftlicher Fortschritt“ genannt wurde, ist schon lange in mehrfacher Hinsicht umstritten und ebenso dessen zum Teil skurrile Hervorbringungen. Der internationale, unkoordinierte, marktgetriebene Wettbewerb hebt zudem ständig ethische Normen aus, nicht nur in der Medizin. Zudem hat der einflussreiche Soziologe Uwe Schimank in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung kürzlich davor gewarnt, dass die gegenwärtige Praxis der Vergabe von Drittmitteln die Wissenschaftsfreiheit auszuhöhlen drohe. In Deutschland fehlen im Verhältnis zu seiner Wirtschaftsmacht und wenn man die großen bahnbrechenden internationalen wissenschaftlichen Erfolge um die Wende zum 20. Jahrhundert bedenkt, seit langem die ganz großen technologischen Neuerungen. Können durch eine „Agentur für „Sprunginnovationen“ des Bundes, die vor ein paar Jahren in Leipzig gegründet wurde, solche epochalen Ideen, die unsere Zukunft prägen werden, angeschoben, finanziert und umgesetzt werden?

Bei näherer Betrachtung erkennen wir, dass andere Länder und andere Kulturen anders mit dem Phänomen Zukunft umgehen. In einer hochvernetzten Welt, die sich gerade in neue Machtblöcke sortiert, können uns die Perspektiven und Methoden, mit der andere Weltkulturen sich ihre zeitliche Fernorientierung erschließen, weniger denn je gleichgültig sein. Chinas Weg ist da in mehrfacher Hinsicht spannend: Verwurzt in einer Jahrtausende alten Tradition mit vielen philosophischen und religiösen Zeugnissen über das Wesen der Zeit, wie aber auch mit Handreichungen, wie man am besten ganz praktisch mit der Zeit umzugehen habe, ist die VR China mit der Großen Revolution 1949 mit einer Weltsicht, dem Marxismus, amalgamisiert worden, die ein explizit westeuropäisches Zukunftskonzept beinhaltet. Stichworte sind hier Geschichtsphilosophie und Fortschrittsdenken ebenso wie Planwirtschaft und Zeitwirtschaft in der Produktion: „Auf die Ökonomie der Zeit läuft alles hinaus“ hatte Marx bekanntlich analysiert und propagiert. Tatsächlich wird ja dieser chinesische Weg zu Wachstum und Wohlstand zu kommen im Westen zunehmend als Systemkonkurrenz perzipiert.

Die Erkenntnis, dass Frieden eine der Hauptvoraussetzungen für eine gute Zukunft ist, gehörte spätestens seit den Katastrophen des 20. Jahrhunderts zu den politischen Grundgewissheiten aller politischen Akteure in einer Demokratie Und

bekanntlich räsonierte spätestens die Aufklärung, allen voran Emanuel Kant darüber, ob eine zivilisierte, eben aufgeklärte, hochkulturelle Welt-Gesellschaft je im Stande sein könnte, so etwas wie einen „Ewigen Frieden“ herzustellen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass zumindest regionale Konflikte oder „moderne Kriege“ wie in Afghanistan, in Vietnam oder Syrien sich gerade dadurch auszeichnen, dass sie, anders als vorangegangene Kriege, oft über Jahrzehnte hinweg, weder einen klar definierbaren Anfang noch ein wirkliches Ende finden, sondern sich als Schwelbrände über die Zeit ziehen. Schon der berühmte Militärtheoretiker Clausewitz beschrieb eine zeitlich kontingente Zermürbungstaktik als probates Mittel in einem Volkskrieg gegen einen hochgerüsteten Aggressor. In welchem Umfang und in welcher Weise hängen Krieg wie auch Frieden in ihrer innersten Logik mit Zeitlichkeit und Zukünftigkeit zusammen? Was könnte Zeitpolitik mit Friedenspolitik zu tun haben und umgekehrt?

Erst einmal Fragen über Fragen. Hoffentlich finden wir heute und morgen auch ein paar gute Antworten darauf. Wie auch immer wünsche ich uns in den kommenden zwei Tagen erst einmal einen lebhaften Austausch – aber auch ungelöste Fragen, die wir zur weiteren Bearbeitung mit nach Hause nehmen können. Und nun freuen Sie sich mit mir darauf zu hören, was unseren aus allen Himmelsrichtungen angereisten Referentinnen zur Zukunft unserer Zukunft eingefallen ist!